

I.1 Vergabebedingungen

**Vergabeverfahren „Büroausstattung“
Vergabe-Nr. ECA-2026-007**

Vergabestelle:

Bundesdruckerei GmbH
Office for EU-Contract awarding (FP ECA)
Kommandantenstr. 18
10969 Berlin

Inhaltsverzeichnis

1. Auftraggeber	3
2. Vergabeart	3
3. Leistungsgegenstand	3
4. Losaufteilung	3
5. Änderung der Vergabeunterlagen	4
6. Fragen zu den Vergabeunterlagen	4
7. Angebot	5
8.1 Angebotsabgabe / Angebotsfrist / Form	5
8.2 Preise	6
8.3 Weiterer Angebotsinhalt	6
8. Nebenangebote	6
9. Angaben und Nachweise zur Eignung	7
10. Unterauftragnehmer / Eignungsleihe	10
11. Bietergemeinschaft	12
12. Zuschlags-/Bindefrist	13
13. Angebotsprüfung und Angebotsbewertung, Zuschlagskriterien	13
14. Nachforderung	14
15. Bestimmungen über nicht berücksichtigte Angebote	14
16. Wettbewerbsbeschränkende Absprachen	14
17. Zuschlagserteilung	15
18. Datenschutz, Vertraulichkeit, Akteneinsicht im Nachprüfungsverfahren	15
19. Sprache	15
20. Zuständige Nachprüfungsstelle gemäß § 159 GWB	15

1. Auftraggeber

Der Auftraggeber (AG),

die Bundesdruckerei GmbH,
Kommandantenstr. 18
10969 Berlin

beabsichtigt, die in den Vergabeunterlagen näher definierten Leistungen zu vergeben. Mit Erhalt der Vergabeunterlagen werden Sie gebeten, ein entsprechendes Angebot abzugeben.¹

2. Vergabeart

Das Vergabeverfahren richtet sich nach den §§ 14 ff. VgV sowie nach § 119 GWB. Es finden die Vorschriften über das Offene Verfahren (§ 15 VgV) Anwendung.

3. Leistungsgegenstand

Gegenstand der von der Bundesdruckerei GmbH ausgeschriebenen Leistung ist die Lieferung von Mobiliar zur Büroausstattung gemäß den in den jeweiligen Leistungsbeschreibungen definierten Anforderungen.

Nähere Einzelheiten können den den Vergabeunterlagen beigefügten Leistungsbeschreibungen für die jeweiligen Fachlose entnommen werden.

4. Losaufteilung

Die Leistung wird aufgeteilt in folgende sieben Fachlose vergeben:

- Fachlos 1 – Büromöbel
- Fachlos 2 – Bürostühle
- Fachlos 3 – Regalsysteme
- Fachlos 4 – Schließfächer mit Aufbewahrungskorb
- Fachlos 5 – Akustikkabinen
- Fachlos 6 – Mittelinseln
- Fachlos 7 – Loungemöbel.

¹ Bei den verwendeten personenbezogenen Bezeichnungen gilt die gewählte Form für alle Geschlechter. Sofern nicht ausdrücklich anders bestimmt, sind mit "Bewerber" / „Bieter“ sowohl einzelne Unternehmen als auch Bewerber- / Bietergemeinschaften gemeint - mit „Auftragnehmer“ (AN) sind Bieter oder Bietergemeinschaften gemeint, die den Zuschlag erhalten haben.

5. Änderung der Vergabeunterlagen

Die Vergabeunterlagen sind nicht verhandelbar. Änderungen am Text der Vergabeunterlagen oder Zusätze im Angebot und/oder den beizufügenden Unterlagen, welche die Vergabeunterlagen inhaltlich modifizieren, sind unzulässig.

Die Bieter werden hiermit ausdrücklich darauf hingewiesen, dass Angebote, die derartige Änderungen oder Zusätze enthalten, grundsätzlich ausgeschlossen werden.

6. Fragen zu den Vergabeunterlagen

Die Bieter haben die Auftragsbekanntmachung und die Vergabeunterlagen unmittelbar nach Erhalt auf Vollständigkeit zu überprüfen. Insbesondere hat sich jeder Bieter zu vergewissern, dass ihm sämtliche Unterlagen zur Verfügung stehen. Sind die Unterlagen unvollständig oder enthalten sie nach Auffassung eines Bieters Unklarheiten, so hat der Bieter die Vergabestelle des Auftraggebers vor Angebotsabgabe über das Online-Portal DTVP darauf hinzuweisen.

Fragen zum Verfahren sind rechtzeitig und ausschließlich über die Funktion „Kommunikation“ des Online-Portals DTVP in deutscher Sprache an die Vergabestelle zu richten. Die Vergabestelle wird die Fragen sammeln, anonymisieren und zeitnah beantworten. Mit der Übersendung einer Bieterfrage genehmigt der Bieter gleichfalls eine entsprechende Bekanntgabe. Die Beantwortung von Fragen erfolgt gegenüber allen Bietern zeitgleich ebenfalls über das Online-Portal DTVP.

Interessierte Unternehmen haben die Möglichkeit, sich für fortlaufende Informationen über den Ablauf des Vergabeverfahrens, wie etwa die Beantwortung von Bieterfragen, auf dem Online-Portal DTVP für das hier gegenständliche Vergabeverfahren zu registrieren und erhalten grundsätzlich eine Benachrichtigung über das bei der Registrierung angegebene E-Mail-Postfach. Es wird darauf hingewiesen, dass eine Registrierung jedoch keine vollumfängliche Gewähr für eine durchgängige Benachrichtigung bei neuen Informationen bieten kann. Die Bieter werden daher gebeten, den Posteingang des Online-Portals DTVP eigenständig in regelmäßigen Abständen auf etwaige Änderungen oder neue Informationen zum Vergabeverfahren zu prüfen. Unternehmen, die keine Registrierung vornehmen, haben sich eigenständig auf dem vorgenannten Portal über ggf. veröffentlichte Informationen zum Vergabeverfahren in Kenntnis zu setzen. Im Übrigen wird auf die „Hinweise zur Elektronischen Angebotsabgabe“ verwiesen.

Andere Stellen des Auftraggebers werden keine Auskünfte erteilen. Telefonische Auskünfte werden nicht erteilt. Ausschließlich durch die Vergabestelle in Textform erteilte Auskünfte sind verbindlich.

Fragen, die nicht rechtzeitig, d.h. bis zum

29.06.2026

vorliegen, werden ggf. nicht beantwortet. Die Vergabestelle behält sich nach eigenem Ermessen vor, verspätete Fragen dennoch zu beantworten, wenn sie dies für sachdienlich hält.

Die Antworten zu Bieterfragen werden Bestandteil der Vergabeunterlagen.

7. Angebot

Auf der Grundlage der Vergabeunterlagen und unter Nutzung der den Vergabeunterlagen beigefügten Vordrucke haben die Bieter ein vollständiges und verbindliches Angebot zu erstellen und abzugeben. Aufwendungen, die bei der Angebotserstellung und im weiteren Verlauf des Verfahrens entstehen, werden nicht erstattet.

8.1 Angebotsabgabe / Angebotsfrist / Form

Das vollständige Angebot ist unter Verwendung des Angebotsschreibens ausschließlich elektronisch in Textform bis spätestens

09.07.2026, 12:00 Uhr (Ausschlussfrist)

über das Onlineportal DTVP einzureichen.

Eine Übersicht der mit dem Angebot einzureichenden Unterlagen ergibt sich aus der Tabelle „Übersicht der mit dem Angebot einzureichenden Unterlagen“ am Ende dieser Vergabebedingungen.

Die elektronische Angebotsabgabe hat hierbei zwingend unter Nutzung der technischen Funktion/Reiter „Angebote“ auf dem Onlineportal DTVP zu erfolgen. Eine Abgabe des Angebots unter Nutzung der Kommunikationsfunktion des Online-Portals entspricht nicht den Formvorgaben an das Angebot und führt zum zwingenden Ausschluss vom weiteren Vergabeverfahren. Im Übrigen wird auf die „Hinweise zur Elektronischen Angebotsabgabe“ verwiesen.

Schriftliche Angebote und Angebote via Telefax, E-Mail sowie telefonische Angebote sind nicht zugelassen.

Nach Ablauf der Angebotsfrist eingegangene Angebote werden vom Wettbewerb ausgeschlossen. Maßgeblich für das Einhalten der Angebotsfrist ist der vollständige Upload des Angebots auf dem Onlineportal DTVP. Es wird empfohlen, das Angebot vorsorglich nicht unmittelbar vor Ablauf der Angebotsfrist abzugeben. Bis zum Ablauf der Angebotsfrist können Angebote über das Onlineportal zurückgezogen werden.

Die Öffnung der Angebote erfolgt voraussichtlich zeitnah nach Ablauf der Angebotsfrist. Bieter und deren Bevollmächtigte sind zur Teilnahme an der Öffnung der Angebote gemäß § 55 Abs. 2 S. 2 VgV nicht zugelassen.

8.2 Preise

Die von dem Bieter angebotenen Preise, Rabatte und Aufschläge sind in die dafür vorgesehenen Felder im Preisblatt einzutragen. Einzelpreise sind in Euro, jeweils ohne die gesetzliche Umsatzsteuer anzugeben.

In den Angebotspreisen sind sämtliche Nebenkosten und Nebenleistungen eingeschlossen, die im Zusammenhang mit der vertragsgemäßen Leistungserbringung entstehen, auch wenn diese in der Leistungsbeschreibung nicht explizit erwähnt sind.

Die im Preisblatt aufgeführten Angebotspreise, Rabatte und Aufschläge gelten, sofern im Vertrag keine anderweitigen Regelungen getroffen sind, über die Vertragslaufzeit als Festpreise.

8.3 Weiterer Angebotsinhalt

8.3.1 Nachweis über die Einhaltung der Lärmdämmwerte (**nur Fachlos 5**)

Im Fachlos 5 sind mit dem Angebot Produktdatenblätter für die angebotenen Telefonboxen einzureichen, aus welchen sich mindestens die Einhaltung der in der Leistungsbeschreibung zu Fachlos 5 vorgegebenen Lärmdämmwerte ergibt. Stehen derartige Produktdatenblätter nicht zur Verfügung, sind von einem Fachbüro ausgestellte Nachweise über die Einhaltung der in der Leistungsbeschreibung zu Fachlos 5 vorgegebenen Lärmdämmwerte einzureichen. Liegen die benannten Nachweise im Fachlos 5 dem Angebot nicht bei, führt dies – ggf. nach erfolgloser Nachforderung – zum Ausschluss des Angebotes in diesem Fachlos. Werden die geforderten Lärmdämmwerte durch die angebotenen Produkte nicht eingehalten, führt dies ebenfalls zum Angebotsausschluss in diesem Fachlos.

8.3.2 Eigenerklärung zum Nichtvorliegen eines Russlandbezugs gemäß Formblatt

Die Eigenerklärung zum Nichtvorliegen eines Russland-Bezugs muss nicht zwingend (kann aber) bereits mit dem Angebot eingereicht werden.

Sofern die Erklärung nicht mit Abgabe des Angebots vorgelegt wird, wird der Auftraggeber von demjenigen Bieter, dessen Angebot für die Zuschlagserteilung vorgesehen ist, selbige vor Zuschlagserteilung innerhalb einer angemessenen Nachfrist in Textform abfordern. Wird die Erklärung dann nicht oder nicht fristgerecht vorgelegt, muss das Angebot ausgeschlossen werden.

8. Nebenangebote

Nebenangebote sind nicht zugelassen.

9. Angaben und Nachweise zur Eignung

Bei der Auswahl der Angebote, die für den Zuschlag in Betracht kommen, werden nur Bieter berücksichtigt, die für die Erfüllung der Leistung die erforderliche Eignung, d.h. Fachkunde und Leistungsfähigkeit, besitzen und nachweisen und nicht nach den §§ 123 oder 124 GWB ausgeschlossen werden.

Die Eignungsprüfung wird auf Basis der folgenden vom Bieter mit dem Angebot einzureichenden Erklärungen und Nachweise vorgenommen:

hinsichtlich des Vorliegens von Ausschlussgründen und der Befähigung und Erlaubnis zur Berufsausübung

1. Angaben gemäß Bieterselbstauskunft zu Unternehmenssitz, Steuernummer und Umsatz-Steuer-Ident-Nummer, gesetzliche Vertreter, Gesellschafter und Höhe der Gesellschafteranteile, wirtschaftlich Berechtigte, Konzernstruktur
2. Auszug aus dem Handelsregister, der den zum Zeitpunkt der Angebotsfrist aktuellen Stand wiedergibt und nicht älter als 3 Monate (bezogen auf den Zeitpunkt des Ablaufs der Angebotsfrist) ist
3. Eigenerklärung zum Nichtvorliegen von Ausschlussgründen gemäß Formblatt
4. Auszug aus dem Wettbewerbsregister und Gewerbezentralregister (nicht vom Bieter vorzulegen)

Der Auftraggeber ist verpflichtet, vor der Erteilung des Zuschlags abzufragen, ob im Wettbewerbsregister Eintragungen zu demjenigen Bieter vorliegen, an den der Auftrag vergeben werden soll, um zu prüfen, inwiefern für diesen Bieter Gründe für den Ausschluss vom Vergabeverfahren bestehen. Der Auftraggeber wird deshalb hinsichtlich desjenigen Bieters, dessen Angebot für die Zuschlagserteilung vorgesehen ist, einen Auszug aus dem Wettbewerbsregister abfordern.

Ebenso behält sich der Auftraggeber vor, hinsichtlich desjenigen Bieters, dessen Angebot für die Zuschlagserteilung vorgesehen ist, einen Auszug aus dem Gewerbezentralregister gemäß § 150a GewO abzufordern und zu prüfen, inwiefern Gründe zum Ausschluss des Bieters vorliegen.

hinsichtlich der wirtschaftlichen und finanziellen Leistungsfähigkeit

5. Angaben gemäß Bieterselbstauskunft zu

- a) Netto-Gesamtumsatz (in EUR) der letzten drei abgeschlossenen Geschäftsjahre;
- b) Netto-Umsatz (in EUR) mit zum ausgeschriebenen Leistungsgegenstand vergleichbaren Leistungen der letzten drei abgeschlossenen Geschäftsjahre;

Als vergleichbar gelten erfolgreich erbrachte Leistungen, die in Umfang, Art und Schwierigkeitsgrad den in den Leistungsbeschreibungen dargestellten Anforderungen entsprechen.

hinsichtlich der technischen und beruflichen Leistungsfähigkeit

- 6. Angaben gemäß Bieterselbstauskunft zu Vertragsverhältnissen zum Unternehmen und etwaigen persönlichen/dienstlichen Beziehungen zu Mitarbeitern der Bundesdruckerei-Gruppe

- 7. Angaben gemäß Bieterselbstauskunft zu

- a) Gesamtanzahl der in den letzten drei abgeschlossenen Kalenderjahren jeweils durchschnittlich im Unternehmen des Bieters beschäftigten Arbeitnehmer;
- b) Anzahl der in den letzten drei abgeschlossenen Kalenderjahren jeweils durchschnittlich im Unternehmen des Bieters beschäftigten Arbeitnehmer, welche zum ausgeschriebenen Leistungsgegenstand vergleichbare Leistungen erbringen;

Als vergleichbar gelten erfolgreich erbrachte Leistungen, die in Umfang, Art und Schwierigkeitsgrad den in den Leistungsbeschreibungen dargestellten Anforderungen entsprechen.

- 8. Nachweis von mindestens zwei Referenzen - je Los, auf das ein Angebot erfolgt - aus den letzten drei Jahren bezogen auf den Zeitpunkt des Ablaufs der Angebotsfrist gemäß Formblatt „I.4 Referenzerklärung“ in Bezug auf nach Art und Umfang vergleichbare Leistungen, jeweils unter Angabe:

- des Auftraggebers der Referenz (nebst den hierzu geforderten Angaben im Formblatt „Referenzerklärung“),
- der Beschreibung der Referenzleistung(en),
- des Leistungszeitraums,
- des Gesamtauftragswerts
- ob die Referenz zum Nachweis des losspezifischen Mindest-Lieferumfangs dient
- des Leistungserbringers.

Als vergleichbar gelten erfolgreich erbrachte Leistungen, die in Umfang, Art und Schwierigkeitsgrad den in den Leistungsbeschreibungen dargestellten Anforderungen entsprechen.

Die Referenzerklärungen sind grundsätzlich unter Benennung der auf dem entsprechenden Formblatt geforderten Angaben zum Auftraggeber (Name und Anschrift, Branche/Bereich des Auftraggebers und Ansprechpartner nebst Kontaktdaten) einzureichen. Auf die konkrete Benennung des Auftraggebers (Name und Anschrift) sowie des Ansprechpartners (Name und Kontaktdaten) kann ausnahmsweise verzichtet werden, wenn diesen Angaben eine Vertraulichkeitsverpflichtung des Bieters gegenüber dem Referenzauftraggeber entgegensteht. In diesem Fall ist der Auftraggeber so konkret wie möglich zu umschreiben und im Referenz-Formblatt auf das Bestehen einer Vertraulichkeitsverpflichtung hinzuweisen.

Mindestanforderungen:

Es sind je Fachlos, auf das ein Angebot erfolgt, **mindestens zwei** vergleichbare Referenzprojekte aus den letzten drei Jahren nachzuweisen.

Die Referenzen müssen Leistungen enthalten, die die in Umfang, Art und Schwierigkeitsgrad den in der Leistungsbeschreibung des jeweiligen Fachloses dargestellten Anforderungen entsprechen.

Für jedes Fachlos ist darüber hinaus nachzuweisen, dass innerhalb eines zusammenhängenden Zeitraums von höchstens vier aufeinanderfolgenden Jahren folgende losspezifische Mindestmengen von mit dem jeweiligen Fachlos vergleichbaren Lieferungen erbracht wurden:

Fachlos 1: mindestens 2400 Stück
Fachlos 2: mindestens 800 Stück
Fachlos 3: mindestens 140 Stück
Fachlos 4: mindestens 680 Stück
Fachlos 5: mindestens 200 Stück
Fachlos 6: mindestens 60 Stück
Fachlos 7: mindestens 680 Stück.

Der Nachweis kann durch eine oder mehrere Referenzen erfolgen, sofern die darin enthaltenen Leistungen in der Summe innerhalb eines einheitlichen zusammenhängenden Zeitraums von höchstens vier aufeinanderfolgenden Jahren erbracht wurden. Eine Kumulation von Referenzzeiträumen zur Bildung eines einheitlichen Leistungszeitraums ist nicht möglich.

Eine Referenz kann für mehrere Fachlose herangezogen werden, sofern sie die jeweiligen Anforderungen vollständig erfüllt.

Die Nichterfüllung der benannten Mindestkriterien führt zum Ausschluss des betroffenen Angebots vom weiteren Vergabeverfahren.

Als vorläufigen Beleg der Eignung akzeptiert der Auftraggeber die Vorlage einer Einheitlichen Europäischen Eigenerklärung (EEE) gem. § 50 VgV. Für den Fall der Verwendung der EEE gemäß § 50 VgV sind auf Verlangen des Auftraggebers von dem Bieter, an den der Auftrag vergeben werden soll, vor Zuschlagserteilung die oben geforderten Eignungsnachweise fristgebunden beizubringen.

Der Auftraggeber kann bei Nachweisen, die in Kopie vorzulegen sind, zur näheren Überprüfung die Nachreichung des Originals verlangen. Eigenerklärungen sind im Original in Textform einzureichen. Es sind die den Vergabeunterlagen beigefügten Vordrucke zu verwenden.

Der Auftraggeber kann für Informationen, welche in den Eigenerklärungen zur Eignungsprüfung enthalten sind, die Einreichung von Nachweisen in Kopie und zur näheren Überprüfung die Nachreichung des Originals verlangen.

Alle vorzulegenden Nachweise müssen den aktuellen Gegebenheiten und Verhältnissen entsprechen.

Bieter aus Ländern, in denen oben genannte Nachweise nicht erteilt werden, haben gleichwertige Nachweise zu führen bzw. gleichwertige Erklärungen abzugeben und eine amtlich anerkannte Übersetzung beizufügen.

Für den Fall, dass Zweifel an den Eigenerklärungen der Bieter bestehen, behält sich die Vergabestelle insoweit vor, von dem Bieter amtliche / behördliche Bestätigungen durch die zuständigen Stellen zu fordern.

10. Unterauftragnehmer / Eignungsleihe

10.1 Sofern der Bieter den Einsatz von Unterauftragnehmern beabsichtigt, hat er mit dem Angebot eine Erklärung über die Art und den Umfang der Weitergabe von Leistungsbestandteilen (gemäß beigefügtem Formblatt „*I.5 Erklärung Unterauftragnehmereinsatz/Eignungsleihe*“) abzugeben. Als Unterauftragnehmer gelten auch (konzern-) verbundene Unternehmen wie bspw. Mutter-/ Tochter-/ Schwestergesellschaften und sonstige Dritte, soweit sie Teile der ausgeschriebenen Leistungen ausführen sollen.

Der Auftraggeber kann vor Zuschlagserteilung den Bieter des für die Zuschlagserteilung vorgesehenen Angebotes auffordern, ihm die für die Unterauftragsvergabe konkret bestimmten Unternehmen zu benennen.

Der Bieter, dessen Angebot für die Zuschlagserteilung vorgesehen ist, hat auf Verlangen des Auftraggebers vor Zuschlagserteilung mittels einer entsprechenden Verpflichtungserklärung der benannten Unterauftragnehmer (gemäß beigefügtem Formblatt „*I.6 Verpflichtungserklärung Drittunternehmen*“) nachzuweisen, dass ihm die erforderlichen Mittel dieser Unterauftragnehmer zur Verfügung stehen sowie zum Nachweis der Eignung der Unterauftragnehmer die ausgefüllte Bieterselbstauskunft nebst Anlagen und die Eigenerklärung zum

Nichtvorliegen von Ausschlussgründen (jeweils gem. den beigefügten Formblättern) für diese fristgebunden (ggf. innerhalb weniger Tage) beizubringen.

Vor Zuschlagserteilung wird der Auftraggeber überprüfen, ob bei den benannten Unterauftragnehmern des für den Zuschlag vorgesehenen Bieters Ausschlussgründe nach § 123 GWB und § 124 GWB vorliegen. Im Falle des Vorliegens zwingender Ausschlussgründe nach § 123 GWB hat der Bieter den betroffenen Unterauftragnehmer zu ersetzen. Liegen fakultative Ausschlussgründe nach § 124 GWB vor, kann der Auftraggeber verlangen, dass der Bieter den betroffenen Unterauftragnehmer ersetzt. Hierüber entscheidet der Auftraggeber nach pflichtgemäßem Ermessen.

Soweit sich der Bieter im Hinblick auf die erforderliche Leistungsfähigkeit (Eignung) auf die Kapazitäten eines Unterauftragnehmers beruft (Eignungsleihe), gelten zusätzlich die Bestimmungen der nachfolgenden Ziffer 10.2. dieser Vergabebedingungen.

10.2 Bieter können gem. § 47 VgV im Hinblick auf die erforderliche wirtschaftliche und finanzielle sowie die technische und berufliche Leistungsfähigkeit die Kapazitäten anderer Unternehmen in Anspruch nehmen, ungeachtet des rechtlichen Charakters der mit diesen Unternehmen bestehenden Verbindungen (Eignungsleihe). Dabei fallen unter den Begriff des anderen Unternehmens i.S.v. § 47 Abs. 1 VgV auch Unterauftragnehmer, (konzern-) verbundene Unternehmen wie bspw. Mutter-/ Tochter-/ Schwestergesellschaften und sonstige Dritte.

Ein Rückgriff auf die Kapazitäten anderer Unternehmen im Hinblick auf Nachweise für die erforderliche berufliche Leistungsfähigkeit wie Ausbildungs- und Befähigungsnachweise oder einschlägige Berufserfahrung ist jedoch nur möglich, wenn die hierfür zur Eignungsleihe benannten Unternehmen die Leistung erbringen, für die diese Kapazitäten benötigt werden.

Nimmt der Bieter im Hinblick auf die Kriterien für die wirtschaftliche und finanzielle Leistungsfähigkeit im Rahmen der Eignungsleihe die Kapazitäten anderer Unternehmen in Anspruch, müssen diese Unternehmen gemeinsam mit dem Bieter für die Auftragsausführung haften; eine entsprechende Haftungserklärung ist auf Verlangen des Auftraggebers vorzulegen.

Bei Vorliegen einer Eignungsleihe muss der Bieter das oder die andere/n Unternehmen (gemäß beigefügtem Formblatt „I.5 Erklärung Unterauftragnehmereinsatz/Eignungsleihe“) bereits mit Angebotsabgabe benennen und ebenfalls bereits mit Angebotsabgabe mittels einer entsprechenden Verpflichtungserklärung dieses Unternehmens/dieser Unternehmen (gemäß beigefügtem Formblatt „I.6 Verpflichtungserklärung Drittunternehmen“) nachweisen, dass ihm die für den Auftrag erforderlichen Mittel des/der anderen Unternehmen im Fall der Auftragserteilung tatsächlich zur Verfügung stehen.

Der Auftraggeber überprüft im Rahmen der Eignungsprüfung, ob die Unternehmen, deren Kapazitäten der Bieter für die Erfüllung bestimmter Eignungskriterien in Anspruch nehmen möchte, die entsprechenden Eignungskriterien erfüllen und ob Ausschlussgründe vorliegen. Deshalb sind für zur Eignungsleihe benannte Unternehmen zum Nachweis der Eignung be-

reits mit Angebotsabgabe die ausgefüllte Bieterselbstauskunft nebst Anlagen sowie die Eigenerklärung zum Nichtvorliegen von Ausschlussgründen (jeweils gem. den beigefügten Formblättern) einzureichen. Weitere Unterlagen sind einzureichen, soweit sich der Bieter bzw. die Bietergemeinschaft auf die Fähigkeiten dieser Unternehmen zum Nachweis der Leistungsfähigkeit und/oder Fachkunde beruft. Der Auftraggeber behält sich zudem grundsätzlich vor, im Rahmen der Eignungsprüfung die Vorlage aller weiteren ggf. geforderten Eignungsnachweise und -erklärungen hinsichtlich der zur Eignungsleihe benannten Unternehmen zu verlangen.

Erfüllt das zur Eignungsleihe benannte Unternehmen die entsprechenden Eignungskriterien nicht oder liegen für dieses zwingende Ausschlussgründe nach § 123 GWB vor, so hat der Bieter das betroffene Unternehmen zu ersetzen.

Liegen für das zur Eignungsleihe benannte Unternehmen fakultative Ausschlussgründe nach § 124 GWB vor, kann der Auftraggeber verlangen, dass der Bieter das betroffene Unternehmen ersetzt. Hierüber entscheidet der Auftraggeber nach pflichtgemäßem Ermessen.

Soweit die zur Eignungsleihe benannten Unternehmen als Unterauftragnehmer eingesetzt werden sollen, gelten zusätzlich die Ausführungen unter Ziffer 10.1 dieser Vergabebedingungen.

11. Bietergemeinschaft

Schließen sich mehrere Unternehmen zu einer Bietergemeinschaft zusammen, hat diese mit ihrem Angebot eine vollständig ausgefüllte Erklärung (gemäß beigefügtem Formblatt „I.7 Erklärung Bietergemeinschaft“) abzugeben.

In der Erklärung sind alle Mitglieder der Bietergemeinschaft zu benennen; außerdem ist der für die Durchführung des Vertrages bevollmächtigte Vertreter (geschäftsführendes Mitglied) zu bezeichnen.

Alle Mitglieder der Bietergemeinschaft haften als Gesamtschuldner; diese Haftung bleibt auch nach Auflösung der Bietergemeinschaft bestehen.

Liegt eine Bietergemeinschaft vor, sind die

- Eigenerklärung zum Nichtvorliegen von Ausschlussgründen,
- die Angaben zu den Ziffern 1 und 2 der Bieterselbstauskunft,
- der Handelsregistrauszug sowie
- die Eigenerklärung zum Nichtvorliegen eines Russlandbezugs

nach Maßgabe der in diesen Vergabebedingungen festgelegten Vorgaben für jedes Bietergemeinschaftsmitglied einzureichen. Hinsichtlich der restlichen in Ziffer 9 dieser Vergabebedingungen aufgeführten Anforderungen an die Bietereignung genügt es, wenn diese durch die Bietergemeinschaft insgesamt – also kumulativ – erfüllt werden. Dies gilt insbesondere für die Erfüllung etwaiger Mindestanforderungen an die Eignung.

12. Zuschlags-/Bindefrist

Der Zuschlag erfolgt innerhalb der Bindefrist, die am **30.09.2026** endet. Bis zum Ablauf der Frist ist der Bieter an sein Angebot gebunden.

13. Angebotsprüfung und Angebotsbewertung, Zuschlagskriterien

Die Angebotsprüfung und -bewertung erfolgt getrennt nach den jeweiligen Fachlosen. Das nach der Bewertung wirtschaftlich günstigste Angebot erhält den Zuschlag für das jeweilige Los, wenn keine Ausschlussgründe vorliegen, der Bieter geeignet ist und die im Angebot genannten Preise nicht in einem unangemessenen Verhältnis zur Leistung stehen (§ 60 VgV).

a) Formale Prüfung

Das Angebot muss vollständig sein und die am Ende dieser Vergabebedingungen aufgeführten einzureichenden Unterlagen umfassen. Die formale Prüfung der Angebote erfolgt nach §§ 56, 57 VgV.

Werden Erklärungen und Nachweise nicht oder nicht vollständig mit dem Angebot vorgelegt, behält sich der Auftraggeber vor, diese gemäß § 56 Abs. 2 VgV nachzufordern. Werden die geforderten Unterlagen dann nicht innerhalb der vom Auftraggeber gesetzten Nachfrist eingereicht, muss das Angebot des betreffenden Bieters/der Bietergemeinschaft ausgeschlossen werden. Es besteht grundsätzlich kein Anspruch der Bieter auf Nachforderung fehlender Unterlagen. Es wird daher dringend empfohlen, bereits bei Angebotserstellung vorsorglich auf Vollständigkeit zu achten.

b) Eignungsprüfung

Anhand der mit dem Angebot vorgelegten Nachweise und Erklärungen gem. Ziffer 9 dieser Vergabebedingungen wird die Eignung der Bieter geprüft (§ 42 VgV, § 122 GWB).

In diesem Rahmen wird insbesondere die Erfüllung der unter Ziffer 9 dieser Vergabebedingungen aufgeführten Mindestkriterien geprüft. Eine Nichterfüllung der benannten Mindestkriterien führt zum Ausschluss des betroffenen Angebots vom weiteren Vergabeverfahren.

Die vom Auftraggeber einzuholende Auskunft aus dem Wettbewerbsregister wird insbesondere auf Eintragungen hinsichtlich § 19 Abs. 1 MiLoG geprüft. Sofern ein Eintrag vorhanden ist, der einen Ausschluss rechtfertigen würde, wird der Bieter gem. § 19 Abs. 5 MiLoG vor einer Entscheidung über den Ausschluss angehört.

c) Angemessenheit der Preise

Die Prüfung der Angebote hinsichtlich der Angemessenheit der angebotenen Preise erfolgt nach Maßgabe der Regelungen des § 60 VgV. Erscheinen der Preis oder die Kosten eines Angebots im Verhältnis zu der zu erbringenden Leistung ungewöhnlich niedrig, wird der Auftraggeber vom Bieter Aufklärung hinsichtlich seiner Angebotspreise verlangen.

Auf ein Angebot mit einem unangemessen niedrigen Preis darf der Zuschlag abgelehnt werden (§ 60 Abs. 3 VgV). Im Übrigen wird auf die Regelungen des § 60 VgV verwiesen.

d) Zuschlags- / Entscheidungskriterien

Gemäß § 127 GWB wird in jedem Fachlos der Zuschlag auf das unter Berücksichtigung aller Umstände wirtschaftlichste Angebot erteilt.

Für die Bewertung der Wirtschaftlichkeit ist zu 100 % der Preis maßgeblich.

Die Preise aller im jeweiligen Los eingegangenen Angebote werden miteinander verglichen. Das Angebot mit dem niedrigsten Angebotswertungspreis (= Netto-Gesamtsumme gemäß Preisblatt des jeweiligen Loses) ist das wirtschaftlichste Angebot und erhält den Zuschlag für das jeweilige Los.

14. Nachforderung

Der Auftraggeber behält sich vor, bis zum Ablauf einer von ihm gesetzten angemessenen Nachfrist Erklärungen und Nachweise nachzufordern.

15. Bestimmungen über nicht berücksichtigte Angebote

Der Auftraggeber informiert die Bieter, deren Angebote nicht berücksichtigt werden sollen, gemäß § 134 GWB über den Namen des Bieters, dessen Angebot den Zuschlag erhalten soll, die Gründe der vorgesehenen Nichtberücksichtigung ihres Angebots und den frühesten Zeitpunkt des Vertragsschlusses.

16. Wettbewerbsbeschränkende Absprachen

Wettbewerbsbeschränkende Absprachen führen zum Ausschluss des Angebotes. Werden diese erst nach Zuschlagserteilung bekannt, berechtigen sie den Auftraggeber zur Kündigung des Vertrages.

17. Zuschlagserteilung

Die Zuschlagserteilung erfolgt per Benachrichtigung über das Online-Portal DTVP.

Der Auftraggeber behält sich vor, vor Zuschlagserteilung einen Nachweis über die im Vertrag geforderten Versicherungen mit entsprechenden Deckungssummen abzufordern.

18. Datenschutz, Vertraulichkeit, Akteneinsicht im Nachprüfungsverfahren

Der Bieter erklärt seine Einwilligung, dass die von ihm mitgeteilten personenbezogenen Daten für das Vergabeverfahren verarbeitet und genutzt werden können. Weitere Hinweise sind dem Formblatt „I.8 Datenschutzinformation“ zu entnehmen.

Der Bieter verpflichtet sich, die Vergabeunterlagen und alle Informationen, die ihm im Rahmen des Vergabeverfahrens sowie im Rahmen der Leistungserbringung über die Verhältnisse des Auftraggebers bekannt werden, vertraulich zu behandeln und Dritten nicht zugänglich zu machen. Eine entsprechende Vertraulichkeitsvereinbarung (non-disclosure agreement / NDA) liegt den Vergabeunterlagen bei.

Es wird darauf hingewiesen, dass die Beteiligten in einem etwaigen Nachprüfungsverfahren im Rahmen des § 165 GWB Einsicht in die Vergabeakten nehmen können. Die Bieter werden daher aufgefordert, diejenigen Teile ihres Angebots, die Geschäfts- und Betriebsgeheimnisse enthalten, entsprechend zu kennzeichnen.

19. Sprache

Die Angebote, sämtliche beizubringenden Erklärungen und weitergehende Korrespondenz sind in deutscher Sprache abzufassen. Einem Schriftstück, das in einer fremden Sprache eingereicht wird, ist eine beglaubigte oder von einem öffentlich bestellten und beeidigten Übersetzer oder Dolmetscher angefertigte Übersetzung beizufügen.

20. Zuständige Nachprüfungsstelle gemäß § 159 GWB

Anträge zur Nachprüfung von behaupteten Vergabeverstößen sind an das

Bundeskartellamt, Vergabekammern des Bundes
Kaiser-Friedrich-Str. 16
53113 Bonn
Telefon: +49 (0) 228 94 99-0
Telefax: +49 (0) 228 94 99-163

zu richten.

Übersicht der mit dem Angebot einzureichenden Unterlagen

Übersicht der mit dem Angebot einzureichenden ausgefüllten Unterlagen	
Angebotsschreiben (Anlage II.7)	
Preisblatt (Anlage II.8)	
Bieterselbstauskunft (Anlage I.2)	
Handels- oder Berufsregistrauszug (nicht älter als drei Monate)	
Erklärung zu Ausschlussgründen (Anlage I.3)	
Referenzenerklärungen (Anlage I.4)	
Nachweis über Einhaltung der Lärmdämmwerte (nur Fachlos 5)	
ggf. Erklärung zum Nichtvorliegen eines Russland-Bezugs (Anlage I.10)	
ggf. Erklärung Unterauftragnehmereinsatz / Eignungsleihe (Anlage I.5)	
ggf. Verpflichtungserklärung Drittunternehmen (Anlage I.6)	
ggf. Erklärung Bietergemeinschaft (Anlage I.7)	
ggf. weitere Unterlagen / Nachweise hinsichtlich Unterauftragnehmer oder andere Mitglieder einer Bietergemeinschaft	